

Pressekonferenz am 6. März 2014

Statement von Oshidori Mako

In Deutschland hält man Japan für ein freies, demokratisches Land. Das ist leider nicht der Fall. Warum das so ist, möchte ich anhand einiger Beispiele erläutern:

1. Druck auf die Medien/Berichterstattung in Japan

Der Verband der Stromkonzerne Japans „Denjiren“ hat großen Druck auf die anerkannte Monatszeitschrift Fujin Koron ausgeübt. So hieß es etwa, dass ein bereits angekündigter Artikel von mir nur dann veröffentlicht werden dürfte, wenn gleichzeitig drei Artikel erschienen, die die Atomenergie befürworten. Druck ausgeübt hat auch eine Werbeagentur, weshalb mein geplanter Fernsehauftritt kurzfristig abgesagt wurde. Ich sollte nicht über Atomenergie und Tepco reden dürfen. Außerdem werde ich vom Japanischen Sicherheitsdienst „Kôan“ beschattet und stehe seit letztem Jahr auf der „Schwarzen Liste“. Wenn ich jetzt Mütter aus der Präfektur Fukushima interviewen möchte, versuchen die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes die Frauen und ihre Autoschildnummern zu fotografieren. Von einem ehemaligen Sicherheitsdienstmann erfuhr ich, dass dieses Vorgehen zur Einschüchterungsstrategie gehört. Deshalb wollen viele Mütter nicht mehr interviewt werden.

Insgesamt gibt es auch starke Einschränkungen und Druck auf freie Journalisten, die sich mit den Folgen der atomaren Katastrophe auseinandersetzen wollen. In den Massenmedien werden heute fast ausschließlich die Standpunkte der Regierung und von Tepco veröffentlicht.

2. Liquidatoren/Arbeiter an havarierten Reaktoren

Ein ehemaliger Pfleger, der am Atomkraftwerk Fukushima Daiichi gearbeitet hat, erzählte in einem Interview, dass Tepco die Todeszahl der Arbeiter schönfärbt. Es würden nur solche bekannt gemacht, die bei der Arbeit gestorben seien. Das heißt, Liquidatoren, die einer hohen Strahlendosis ausgesetzt waren und außerhalb der Arbeitszeit, z.B. am Wochenende oder nachts in ihren Betten sterben, werden in der Statistik nicht gezählt.

Bis zur atomaren Katastrophe galt ein Grenzwert für Tepco-Arbeiter von 100 mSv für einen Zeitraum von fünf Jahren. Ab dem Unfall im Jahr 2011 wurde der Grenzwert auf 250 mSv für den Zeitraum von einem Jahr erhöht. Es gab Fälle, in denen Arbeiter Strahlendosen bis max. 678 mSv erhalten hatten. Liquidatoren, die einer Strahlendosis über 100 mSv pro Jahr ausgesetzt waren, erhielten eine kostenlose Krebsuntersuchung. Viele Arbeiter mussten aufhören zu arbeiten, kurz bevor ihre Strahlendosis 100 mSv pro Jahr erreichte. 2012 kehrte die japanische Regierung wieder zu einem Grenzwert von 100 mSv innerhalb von fünf Jahren zurück. Kurz bevor die Arbeiter diesen Grenzwert erreichen, werden sie nun von Tepco entlassen und müssen so lange pausieren, bis ihr Strahlenkonto ein Arbeiten im havarierten Reaktor wieder zulässt.

3. Mütter aus Fukushima

Mütter, die sich aufgrund der Strahlung Sorgen um ihre Kinder machen, werden in Fukushima sozial ausgegrenzt. Diejenigen, die z.B. ihren Kindern eine eigene Lunchbox mitgeben, da sie dem Schullehrer nicht trauen oder ihre Kinder während des Schulweges oder in der Sportstunde einen Mundschutz tragen lassen, werden diskriminiert. Ihnen wird gesagt: "Wenn du dem Staat nicht traust, dass die Produkte sicher sind und Kritik übst, dann gehe doch weg von hier!"

Um die "Sicherheit" der Produkte aus Fukushima zu demonstrieren, lässt man die Kinder in der Schule Produkte aus der Region essen. Bei den Lebensmittelmessungen kann man aber

nur Cäsium messen, keine anderen Isotope, wie Strontium etc. Zudem können auch nicht alle Produkte gemessen werden, weshalb man unmöglich alle Produkte als sicher einstufen kann. Ca. 70% aller Kommunen in der Präfektur Fukushima praktizieren eine solche Politik und lassen Kinder die Produkte aus der Präfektur Fukushima in der Schule essen, um die Sicherheit dieser Produkte zu demonstrieren.

In der Stadt Iwaki in der Präfektur Fukushima haben die Eltern eine Unterschriftenaktion gestartet und die gesammelten Unterschriften dem Oberbürgermeister überreicht, woraufhin man sich einigte, bis März 2014 im Schulessen keine Produkte aus der Präfektur Fukushima zu verwenden. Bisher gibt es aber keine Einigung für die Zeit ab April 2014. Die Eltern sammeln bereits weitere Unterschriften.

4. IAEA und Präfektur Fukushima

Im Dezember 2012 wurde zwischen dem Gouverneur der Präfektur Fukushima, Yûhei Satô, und dem Generaldirektor Amano der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEA) ein „Memorandum of Cooperation“ unterzeichnet. Darin wird Geheimhaltung in Bezug auf den Atomunfall von Fukushima Daiichi vereinbart, wenn eine Seite dies wünscht.

Nach der Unterzeichnung des Abkommens fragte ich den Gouverneur, was er den Bürgern sage, die einer Organisation, die Atomenergie befürwortet, keine Gesundheitsüberprüfung überlassen wollen. Die Antwort des Gouverneurs war: „Es gibt keine andere Möglichkeit, als dass die Bürger diese Vereinbarung akzeptieren“.

5. Gesetz zum Schutz besonderer Staatsgeheimnisse

Seit im Juli 2013 aufgrund der Wahl von Ober- und Unterhaus die Wiederwahl der konservativen Partei LDP sicher war, hat Tepco nur noch wenige Informationen geliefert. Von einigen befreundeten Wissenschaftlern und Beamten aus dem Gesundheits-, Bildungs-, Landwirtschafts- oder Wirtschaftsministerium erhielt ich früher aber wichtige Informationen, da sie selbst gegenüber der Regierung oder Tepco kritisch eingestellt waren. Doch seit der Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz besonderer Staatsgeheimnisse im Dezember 2013 sind sie viel zurückhaltender geworden, Informationen preiszugeben. Und genau darin liegt meiner Ansicht nach der Grund für dieses Gesetz. Trotz zahlreicher Demonstrationen gegen das Gesetz wurde es ohne große Diskussionen im Parlament verabschiedet.

Die Nachrichten über die Auswirkungen der Katastrophe von Fukushima nehmen ständig ab. Dies trifft auch auf Informationen über die gesundheitlichen Folgen zu. Nachträglich werden immer wieder Korrekturen vorgenommen, die nicht überprüfbar sind. In Zukunft wird es meiner Ansicht nach immer schwieriger werden, korrekte Informationen über die Folgen der Atomkatastrophe zu erhalten. Wenn die japanische Regierung Atomkraftwerke wieder in Betrieb nehmen möchte, muss sie die japanische Öffentlichkeit umfassend aufklären. Wenn die Regierung dies nicht tut, dürfen die Atomkraftwerke nicht wieder in Betrieb gehen.